Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
# 1899

32 (7.2.1899) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 7. Februar 1899.

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 4. Februar.

Das Haus ist schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: v. Podbielski u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der schleunige Antrag Agster auf Ertheilung der Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Aschersleben.

Den Bericht der Kommission erstattet Abg. **Roeren** (Ctr.): Derselbe legt den Fall dar. Es handelt sich bekanntlich um den Redakteur Müller in Magdeburg, der wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren Gefängniß verurtheilt ist. M. soll aber unschuldig sein und Abg. Schmidt bekennt sich als Verfasser des betr. Artikels und ist bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen. Die Staatsanwaltschaft hat in einem Schreiben mitgetheilt, daß sie gegen den Abg. Schmidt die Anklage erheben will. Unter diesen Umständen hat die Kommission einstimmig beschlossen, dem Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung zu ertheilen.

Der Reichstag tritt dem Beschluß bei.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung des Postetats.

Dazu liegen zwei Anträge vor:

a. Abg. Dr. Müller (Sagan) und Genossen:

Der Reichstag wolle beschließen

1. zu erklären, daß Disziplinarmaßregeln gegen Postunterbeamte wegen Abonnirens auf die Wochenschrift „Deutscher Postbote" oder wegen Inserirens von Familien- und Vereinsnachrichten in dieser Wochenschrift ungerechtfertigt und unzulässig sind.

2. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, jede Beschränkung der Postbeamten bezüglich ihrer außerdienstlichen Lektüre zu untersagen.

b. Bassermann (nl.) und Genossen:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, daß bei der veränderten Regelung des Gehaltes der Postdirektoren eine Schädigung der jetzt im Amte befindlichen Direktoren gegenüber dem früheren System vermieden werde.

Abg. **Bassermann** (nl.): Mit einer Reihe der gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs können wir uns einverstanden erklären, insbesondere mit dem Grundsatze, daß ein Sozialdemokrat kaiserlicher Beamter nicht sein darf. Auch wir sind der Ansicht, daß die Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung sich mit dem Dienstkleide und den mit dem Amte übernommenen Pflichten nicht verträgt. Die Sozialdemokraten stehen auf republikanischem Boden, und Leute, die derartigen Anschauungen huldigen, eignen sich nicht zu Dienern der Monarchie. Wenn die Sozialdemokraten keine Leute in ihren Reihen dulden, die ein Hoch auf den Kaiser ausbringen, dann dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn die Regierung sagt: Wir sind in der Lage, sie auch aus den Reihen der Beamten zu entfernen. Weiter sind wir einverstanden mit der Ansicht, daß eine so große Beamtenkörperschaft wie die Postverwaltung selbstverständlich mit einer eisernen Hand geleitet werden muß. Wir müssen der Regierung das Recht einräumen, agitatorische Elemente, die Unruhe stiften, aus den Reihen der Beamten zu entfernen, aber wir machen den Vorbehalt dabei, daß wir es für unrecht halten, dabei in die Privatverhältnisse des Einzelnen einzugreifen, insonderheit seine Privatlektüre zu prüfen. Das ist ganz undurchführbar. Wie wollen Sie den Beamten daraufhin prüfen, was er liest? Durch dieses würde auch eine ganze Reihe von Unzuträglichkeiten hervorgerufen werden und die Zahl der Denunziationen würde sich steigern. Zudem braucht man auf Preßäußerungen nicht gar zu viel zu geben; namentlich neue Preßorgane sind leicht geneigt zu Uebertreibungen, um sich einen Leserkreis zu verschaffen; wenn sie den aber haben, mildert sich die Tonart schon von selbst. Ich möchte daher empfehlen, derartige Preßerzeugnisse ohne Nervosität zu beurtheilen, wie es in andern Staaten ja auch geschieht. Können solche Preßorgane dort ertragen werden, so wird man sie auch in Deutschland ertragen können. Dadurch aber, daß man solche Organe in den Vordergrund der Diskussion stellt, macht man sie nur interessanter und erweitert ihren Leserkreis noch mehr. Auf die einzelnen Wünsche der Beamten will ich hier nicht eingehen. Daß in manchen Kreisen Unzufriedenheit hervorgerufen ist, namentlich in Folge der Theuerungsverhältnisse, ist ja erklärlich. Die Budgetkommission hat es abgelehnt, sich diesmal von Neuem mit solchen Fragen zu beschäftigen. Aber der Reichstag wird sich doch sagen müssen: Soweit berechtigte Forderungen vorliegen, wird Abhilfe zu schaffen sein. Der Abgeordnete Lingens hat gestern um größere Berücksichtigung der Sonntagsruhe während der Zeit des Kirchenbesuches gebeten. Wir können uns damit einverstanden erklären, daß dem religiösen Bedürfniß der Postbeamten alle Rücksicht gewährt wird. Natürlich fasse ich den Wunsch des Abg. Lingens dahin auf, daß volle Parität gewahrt werden soll. Mit der Heranziehung von Frauen zum Telephondienst können wir uns einverstanden erklären. Es ist nothwendig, daß die leichteren Berufszweige den Frauen geöffnet werden. Wir hoffen, daß die Postverwaltung auf diesem Wege fortfahren und den Frauen auch die Uebernahme von Postagenturen und Posthilfsstellen zugestehen wird. In den Vereinigten Staaten werden im Postbetriebe ca. 80 000 Frauen beschäftigt. Unsere Resolution haben wir eingebracht, weil die gestrige Erklärung des Staatssekretärs bezüglich der Zahlung der rückständigen Gehaltsforderungen die nöthige Bestimmtheit vermissen ließ, und um den Regierungen zu zeigen, daß nach der Ansicht des Reichstages die Postverwaltung von der Einrede der Verjährung in solchen Fällen nicht Gebrauch machen dürfte. Im Allgemeinen haben wir aus dem Gange der bisherigen Verhandlungen den Eindruck genommen, daß der Staatssekretär Willens ist, Ordnung in seiner Verwaltung zu halten und sich namentlich die Sozialdemokraten vom Halse zu halten, daß er aber auch ein warmes Herz für seine Beamten aller Kategorien hat und daß wir hoffen dürfen, daß nach einer längern Periode des Stillstandes wir nunmehr eingetreten sind in eine Periode der Reformen. Das verdient, meine ich, öffentliche Anerkennung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (freis. Vp.): Die Presse hat gezeigt, daß sie nicht so böse ist, wie sie geschildert wird, sonst hätte sie die gestrige Rede nicht im Wortlaut gebracht. (Heiterkeit.) Die Postverwaltung sollte sich jedenfalls hüten, gegen ein Fachorgan wie der „Deutsche Postbote" so scharf vorzugehen und die Freiheit ihrer Beamten einzuschränken. Die „Deutsche Postzeitung" hat einen Artikel über die Sonntagsruhe der Postbeamten gebracht und hierbei einen Dienststundenplan mitgetheilt. Die Verfasser des Berichts, zwei Postbeamte, sind disziplinirt und aus dem Postdienst entlassen worden. Die Kündigungsverhältnisse der Beamten, die nicht fest angestellt sind, sind überhaupt sehr unsicher. Es wird nicht überall mit dem gleichen Maße gemessen. Durch das zu energische Vorgehen des Staatssekretärs werden die Unterbeamten geradezu in die Arme der Sozialdemokratie getrieben. Bis jetzt sind sie noch keine Sozialdemokraten, sondern streben nur eine Besserung ihrer wirthschaftlichen Lage an, was angesichts der niedrigen Anfangsgehälter begreiflich ist. Das Vorgehen gegen den „Deutschen Postboten" und seine Leser ist manchmal sehr kraß. Dieses Blatt wird mit allen Mitteln unterdrückt, die „Neue Post" in jeder Art gefördert. — Auf dem Gebiet der Portofreiheit fürstlicher Häuser herrschen große Mißbräuche, auf welche sogar die „Deutsche Tageszig." aufmerksam gemacht hat, weil z. B. eine herzogliche Gärtnerei Offerten portofrei versandt hat.

Abg. Graf **Klinckowström** (kons.): Dem Antrage Bassermann werden meine Freunde zustimmen, umsomehr, als auch der Staatssekretär gegen die Tendenz des Antrags nichts einzuwenden haben wird, und als er bei seinem bisherigen Verfahren sich lediglich auf das bestehende Recht stützte. Den Antrag Müller dagegen bitten wir abzulehnen; er ist nur geeignet, die Disziplin der Postbeamten zu untergraben. (Widerspruch links.)

Den Sozialdemokraten hat in der letzten Zeit jede einzelne Debatte eine Niederlage gebracht. Ich verstehe gar nicht, wie Herr Singer uns immer zurufen kann, daß wir mit unseren Ansichten nicht durchdringen. Das hatte ich für gar nicht angebracht. Aber alle kleinen Menschen halten sich für größer als sie sind, und wenn sie auf die Straße gehen, halten sie den Regenschirm in die Höhe und denken, sie seien etwas. (Großes Gelächter links.) Wir haben die Pflicht und den festen Willen, der Sozialdemokratie bei jeder Mauserung die Maske vom Gesicht zu nehmen (Lachen bei den Soz.). Das ist uns noch jedesmal gelungen. Wir werden dem Volk und den Beamten zeigen, nicht was die Sozialdemokraten sein wollen, sondern was sie wirklich sind. Jeder Beamte, der sich mit ihnen einläßt, wird meineidig. (Große Unruhe und Lachen bei den Soz.). Er verletzt den Eid der Treue, den er Seiner Majestät dem Kaiser und Könige geschworen hat. Und der Staatssekretär hat es Ihnen gestern gesagt, daß er als Mensch und Christ vorsichtig heranginge, wenn es sich um eine Beamtenentlassung handele, daß es ihm schwer werde, Familien durch die Entlassung des Familienhauptes brodlos zu machen. Ich kann nur sagen, daß wir dem Staatssekretär dankbar sind für diese männlichen Worte. (Beifall rechts.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) es wirklich mit den Beamten so ehrlich meinen, wie Sie es darstellen, dann lassen Sie die Hände von ihnen und stürzen Sie die Familien nicht ins Unglück. (Lebhafter Beifall rechts.) Auf Ihnen wird die Verantwortung liegen, wenn Sie die Zukunft dieser Familien gefährden. Ich hoffe aber, diese Klarstellung wird genügen, um die Beamten zu veranlassen, von Ihnen fern zu bleiben. Mögen Sie Ihre Niederlage in Ihrer Presse als Sieg feiern. Eins wissen Sie, daß die Zeit der Schwäche gegen Sie vorüber ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Franken** (nl.): Die Debatte ist etwas unruhig geworden, ich werde den Versuch machen, die Ruhe wieder herzustellen. (Heiterkeit.) Der Abg. Lingens hat bei seiner Empfehlung der Sonntagsruhe eine Ordnung der Dinge in der Weise gewünscht, daß die katholischen Beamten den Vormittag, die evangelischen den Nachmittag freibekommen. Ich spreche Herrn Dr. Lingens das Recht zu solchen Vorschlägen ab, denn die evangelischen Beamten haben gewiß nicht minder als die katholischen das Bedürfniß, am Sonntag Morgen die Kirche zu besuchen oder sich in der freien Natur zu ergehen. Bei der Beurtheilung des Vorgehens gegen Preßorgane muß man einen Unterschied darin machen, ob sie Standes- und Berufsinteressen dienen oder der reinen Agitation. Redner verliest, um dem Hause ein Urtheil über dies Blatt zu verschaffen, verschiedene Aeußerungen des „Deutschen Postboten". (Präsident Graf Ballestrem bittet, in dieser Verlesung nicht zu weit zu gehen.) Allerdings würde es grausam sein, bei geringen Vergehungen Postbeamte alsbald zu entlassen, da es für solche Leute, die nichts Anderes gelernt haben, schwer sei, ihre Existenz aufrecht zu halten. Zum Schluß bemerkt Redner, die Post kommt ja den Wünschen des Publikums vielfach entgegen, manchmal sei sie aber auch sehr eigensinnig.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Der „Deutsche Postbote" besteht schon seit 5 Jahren und bringt fortgesetzt agitatorische Artikel, um Unzufriedenheit in den Kreisen der Postbeamten zu verbreiten. Er verlangt z. B. für die Unterbeamten Gehaltssätze, die weit über die Gehälter der Lehrer hinausgehen. Daß die Beamten solche Gehälter wünschen, ist gewiß; aber Sie werden Alle zugeben, daß es eine praktische Unmöglichkeit ist, den Beamten derartig hohe Gehälter zu zahlen. Das ist der Leitfaden, der sich durch alle Artikel des „Postboten" hindurchzieht. Unsere große Presse kann sich mit all diesen kleinen Gehässigkeiten vielleicht einen Tag abgeben, aber auf die Dauer würde sie ihren Leserkreis dadurch abschrecken. Das ist nur möglich in einem solchen Fachblatt und wenn dies von einem Manne geleitet wird, der in Folge seines früheren Verhaltens in der Postverwaltung aus der Postverwaltung entfernt ist und natürlich mit einer gewissen Summe von Feindschaft gegen diese erfüllt ist, so werden Sie schon daraus auf die Art der Artikel schließen können. Was den Fall Saalfeld anlangt, so schildern Sie die Sache in den rosigsten Farben, aber die kleinen schwarzen Striche, die daneben sind (Heiterkeit), die wollen Sie nicht gelten lassen. Von den Assistenten wird bei ihrem Eintritt in den Dienst ein Protokoll unterschrieben, das für den Betreffenden die Dienstanweisungen enthält. Dies Protokoll bezeichnet als Angelegenheiten, deren Geheimhaltung den Beamten von den Vorgesetzten vorgeschrieben ist, alle amtlichen Verfügungen und dienstlichen Anordnungen, deren weitere Mittheilung an andere Personen, einschließlich der Beamten, von Vorgesetzten nicht ausdrücklich angeordnet oder gestattet ist. Demgemäß durften sie die Dienstpläne ohne Genehmigung nicht veröffentlichen. Die Redaktion der „Deutschen Postzeitung" hatte an die Beamten, von denen sie glaubte, daß sie ihr zugänglich wären, geschrieben: Nennt uns besonders ungünstige Dienststundenpläne. Es liegt also eine Beeinflussung von jener Seite vor. Was die Sache selbst anlangt, so handelt es sich hier um eine eigenmächtige Aenderung des vorgeschriebenen Dienstplanes, und ich bin deswegen eingeschritten. Nun heißt es in den Zeitungen, die Beamten hätten, als sie befragt wurden, von wem die Mittheilungen in der „Postzeitung" ausgingen, sich sofort gemeldet. Nein, das haben sie nicht gethan. Hätten sie es gethan, dann wäre meine Beurtheilung auch eine andere gewesen. Ich kann anerkennen, daß die „Postzeitung" in neuerer Zeit auch das Bestreben gezeigt hat, aufklärend zu wirken von einem vernünftigen Standpunkt aus. Ich bin garnicht so dagegen. Aber der Redakteur der „Postzeitung" war einer der schlimmsten Agitatoren. Ich kann Ihnen eine ganze Reihe von Mittheilungen machen über Versammlungen, in denen noch tollere Sachen vorgekommen sind, als in sozialdemokratischen Versammlungen. Eine Versammlung insbesondere von ca. 150 Postbeamten wurde hinter verschlossenen Thüren geführt, und darin hielt jener Redakteur eine Brandrede. Ich kann nicht begreifen, wie Sie einen solchen Mann als ganz harmlos hinstellen können, der kein Wässerchen trübt. Ich gebe aber auch zu, daß untergeordnete Behörden bisweilen über das Ziel geschossen sind und daß Verordnungen getroffen wurden, die ich nicht billigen kann. Aber solche Sachen werden dann stets sehr aufgebauscht. Als zum Beispiel eines Morgens der „Postbote" zufällig nicht gekommen war, fiel am Schalter die Bemerkung, das Blatt sei konfiszirt. Das ist doch eine ganz harmlose Sache. — Was die Verwendung von Damen im Postbetriebe anlangt so haben sie sich namentlich für den Telephondienst als ganz besonders geeignet erwiesen, weil die Tonlage der Damen drei Töne höher als die der Männer ist, und sie sich also viel leichter verständlich machen können als die Männer.

Ich hoffe, daß sich der Reichstag nicht entschließen wird, den Antrag des Abg. Müller anzunehmen. Er würde meines Erachtens nicht zum Segen, sondern zum Unsegen dienen. Ich habe nicht die Absicht, eine Paschawirthschaft in der Postverwaltung einzuführen, sondern eine Wirthschaft, für die ich jederzeit die Verantwortung übernehme. Ich bin dem Reichskanzler und dem Kaiser verantwortlich für das, was ich thue; wenn aber der Reichstag sich um die Verhältnisse der Dienstzucht in der Postverwaltung kümmert, so halte ich das für sehr gefährlich, weil es nicht zum Besten der Beamten führen kann. (Beifall rechts.)

Abg. **Stöcker** (k.) führt aus, es sei nicht angängig, im Postdienst sozialdemokratische Agitation zu treiben. In einem monarchischen Staate können keine Beamten geduldet werden, die grundsätzlich der Monarchie feindlich gegenüberstehen. So lange die Sozialdemokratie die Monarchie bekämpfe und den nationalen Bestand bedrohe, könne sie keinen Anspruch auf Berücksichtigung von Seiten des Staates machen. In dem großen Beamtenkörper der Reichspost sei Disziplin unerläßlich. Ob der Kampf gegen den „Deutschen Postboten" immer die richtigen Formen hatte, lasse er dahingestellt, er habe Aehnlichkeit mit dem früheren Kampfe gegen den Postassistenten-Verband. Hier habe sich ja schließlich das Reichspostamt freundlicher gestellt und einen Waffenstillstand mit dem Verband herbeigeführt. Vor Allem sollte man sich im Kampfe gegen die Sozialdemokratie hüten, Märtyrer zu schaffen. Redner erinnert an die Februarerlasse des Kaisers, in denen Herstellung des Vertrauens zwischen Unternehmer und Arbeiter empfohlen werden. Dies gelte auch für Staatsbetriebe. Die diesmaligen Debatten werden bei den Unterbeamten die psychologische Wirkung haben, daß sie sagen, die Sozialdemokratie führe ihre Sache. Die Unterbeamten kämpfen für die Besserung ihrer wirthschaftlichen Lage, dasselbe thun doch andere mäßige Kreise auch. Für das Wohlwollen des Staatssekretärs für die Frauen im Postbetriebe danke er. Die Sonntagsruhe könnte noch verbessert werden, z. B. die Schalterstunde von 5—6 Uhr wegfallen, Unnöthigerweise nehme man auf jüdische Geschäfte Rücksicht, die am Sabbath Packete nicht expediren wollen und gestatte am Sonntag den Gepäckverkehr.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Die Sonntagsruhe immer weiter für die Beamten auszudehnen, liegt mir sehr am Herzen. Heute wird ein Erlaß im Amtsblatt veröffentlicht, der besagt, daß Sonntags der Schalterdienst im Allgemeinen um 2 Uhr beendet werden soll. Auch der Packetdienst solle möglichst um 12 Uhr schließen. Eine Vertheuerung des Sonntagsbriefverkehrs ist mir nicht sympathisch.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.) bemerkt, mit dem Vorgehen gegen eine gegen Staat und Monarchie gerichtete Agitation sei er einverstanden, am besten enthalten sich die Beamten jeder politischen Agitation und walten ganz unparteiisch ihres Amtes. Dagegen dürfe die Gesinnung des Beamten allein nicht dafür maßgebend sein, ob er im Staatsbetrieb thätig sein dürfe oder nicht. Eine solche Gesinnungsriecherei mit schwarzen Listen möge von vornherein unterbleiben. Er freue sich, daß der Staatssekretär so viel Wohlwollen für seine Beamten bekunde und sich auch zum Assistentenverbande freundlicher gestellt habe. Er lege die Worte des Staatssekretärs nicht auf die Goldwaage, trotz mancher Wendungen sei er sicher kein Wauwau. Der Reichstag müsse sich hüten, sich direkt in die Verwaltung einzumischen. Deshalb könne er auch nicht den Antrag des Abg. Müller zu Gunsten des „Deutschen Postboten" unterstützen. Man mache für solches Blatt schließlich nur Reklame. Mit dem Antrag Bassermann bezüglich der Verjährung sei er im Prinzip einverstanden, er scheine aber überflüssig, da der Herr Staatssekretär eine gesetzliche Regelung dieser Materie zugesagt habe.

Abg. **Bebel** (Soz.): Wenn der Abg. Klinckowström sich seiner bisherigen Erfolge rühmt, so legt er damit allerdings ein Maß von Bescheidenheit an den Tag, um das ich ihn beneide. Nur wacker weiter gegen uns gekämpft, wir werden über Sie hinwegschreiten wie ein Eilzug über einen Strohhalm. (Heiterkeit.) Der Graf Klinckowström hält es für die Aufgabe seiner Partei, der Sozialdemokratie bei jeder Mauserung die Maske vom Gesicht zu reißen. Viel Glück! Herr Graf. Sie rühmen sich des Einflusses Ihrer Partei. Gewiß, das wissen wir ja schon längst, daß Sie die kleine, aber mächtige Partei sind; Schuld daran ist die Feigheit des Bürgerthums (Beifall bei den Soz.). Wir Sozialdemokraten sind heute dieselben, die wir vor Jahrzehnten gewesen sind. (Gelächter rechts.) In anderen Ländern wird es der Regierung niemals einfallen, den Beamten die einfachsten staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen, was bei uns ganz selbstverständlich gilt. Wie man die Armee dem Volke entfremdet hat, so will man auch die Beamten dem Volke entfremden und eine Art chinesisches Mandarinenthum großziehen. Was haben denn die von Ihnen gemaßregelten Beamten gethan? Haben sie sozialdemokratische Grundsätze vertreten und etwa die Gleichstellung aller Beamten verlangt? Nein, nichts von alledem. Sie fordern nur das Recht, auf ein Blatt, das ihre Interessen vertritt, abonniren zu dürfen, auch wenn es der Regierung nicht gefällt. Um ihr Verhalten zu rechtfertigen, denunzirt die Verwaltung alle derartigen Bestrebungen als sozialdemokratisch. Aber Sie thun damit das Unklugste, was Sie thun können. Sie nützen nur aus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir leben ja nur von den Fehlern unserer Gegner; wären Sie nicht da, dann wären auch wir nicht da (Heiterkeit). Sie möchten die Sozialdemokraten immer hinstellen als Leute, von denen man kaum ein Stück Brod annehmen darf. Versuchen Sie es doch mal! Wollen Sie ein Tänzchen mit uns wagen, wohlan, wir sind bereit, wir haben bisher immer unseren Mann gestanden. Sie sagen, es ist unser Bestreben, die Beamten zu verhetzen. Nein, die Beamten wenden sich von selbst mit ihren Beschwerden an uns, sie schicken uns Material ein, weil sie wissen, daß wir ihre Interessen vertreten. In dem „Deutschen Postboten" kann doch höchstens die Nervosität der Herren da oben etwas Sozialdemokratisches entdecken. Wenn Sie den Beamten sozialdemokratische Agitation verbieten, warum verbieten Sie ihnen dann nicht überhaupt jede politische Agitation und entziehen ihnen das Recht, sich in die Volksvertretung wählen zu lassen. Das wäre doch die einfache Konsequenz. Die Regierung aber verbietet den Beamten nicht die Politik schlechthin, sondern nur die sozialdemokratische, und nicht die konservative Politik. Glauben Sie denn, daß die grossen Staatsbetriebe weiter bestehen können, wenn Sie alle Sozialdemokraten fortjagen? Durch Ihre Unterdrückungen erreichen Sie ja doch nur das Gegentheil von dem, was Sie erreichen wollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie thun so, als ob wir Gegner der kapitalistischen Entwicklung sind, nein, wir begrüßen jede kapitalistische Entwicklung als einen Schritt weiter zur Erreichung unseres Ziels. Wir haben es ja oft genug betont, daß die heutige wirthschaftliche Entwicklung mit Naturnothwendigkeit zur Umwandlung der heutigen Gesellschaft in die sozialistische führen muß. (Zuruf rechts: Post! Post!) Ja, ich bin doch berechtigt, dem Grafen Klinckowström zu erwidern, durch dessen Rede ich ja erst provozirt bin. Sonst hätte ich ja überhaupt nicht das Wort ergriffen. Der Abg. Stöcker hat ja selbst von seinen Freunden den Vorwurf erfahren, daß er Unzufriedenheit erregt. Ich erinnere blos an den Scheiterhaufenbrief. Wenn Sie keine Unzufriedenheit wollen, so müssen Sie jede Kritik verbieten. Damit aber machen Sie jedem Fortschritt ein Ende. So lange Sie den Agrariern erlauben, Unzufriedenheit zu erregen, dürfen Sie auch den Beamten ihre Agitation nicht verbieten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Herr Bebel hat ein wahres Wort gesprochen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Mehrere!) Er hat gesagt, unsere Stärke beruhe nur auf den Fehlern der Gegner. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Sie sind der Hauptfehler!" Große Heiterkeit.) Die gestern vorgetragenen Ansichten des Staatssekretärs setzen uns in die Lage, zu hoffen, daß die Regierung die unselige Schwäche, die sie bisher der Sozialdemokratie gegenüber bewiesen

Jat, endlich aufgiebt. Was Herr Bebel uns gesagt hat, haben wir schon wiederholt gehört. Sie vergleichen sich immer mit den ersten Christen, aber das Christenthum ist die Religion der Liebe, Sie sind die Religion des Hasses. (Lachen bei den Soz.) Sie wissen nichts von Pflichten, sondern nur von Rechten, Sie predigen der Jugend: Ihr habt keine Pflichten, auch nicht gegen Gott! Denn Sie glauben an keinen Gott. Sie wollen sich mit den Christen vergleichen? Nein, Sie leiden wirklich an Großmannssucht. (Gelächter bei den Soz.). Sie glauben, weil Sie jetzt 58 Sitze hier haben, wären Sie die allmächtigen Herren im deutschen Reich. So weit ist es Gott sei Dank noch nicht. (Zuruf bei den Soz.: Kommt aber noch!) Wir, die beiden konservativen Parteien, haben heute noch mehr Vertreter hier im Reichstage, als Sie. (Zuruf bei den Soz.: Aber mit was für Mitteln!) Nicht mit so schlechten Mitteln wie Sie! Herr Bebel meint, in anderen Staaten genießen die Beamten mehr Freiheit und er beruft sich zum Beweis dafür auf die Schweiz. Aber haben Sie denn nicht gelesen, daß dort kürzlich der Bundesrath die Beamten angewiesen hat, sie dürften nicht mit Petitionen kommen, sondern müßten den Instanzenweg einhalten? Das ist eine Lehre, die ich der preußischen Regierung und den verbündeten Regierungen überhaupt längst hatte geben wollen. Denn die Art, wie sich die Parlamente heute der Gehaltsaufbesserung der Beamten bemächtigt haben, führt zur gründlichen Demoralisation des Beamtenthums. (Widerspruch bei den Soz.) Die Beamten haben allmählich gerade genug bekommen von uns Steuerzahlern, die wir in viel größerem Elend sind. (Aha! b. d. Soz.) Mit Herrn Stöcker kann ich nicht übereinstimmen; nach seinem Rezept haben ja die verbündeten Regierungen seit dem Fortgange Bismarcks die Sozialdemokratie behandelt, und das Resultat ist, daß diese Partei auf über 2 Millionen Stimmen angewachsen ist trotz der Thätigkeit des Herrn Stöcker, der ja auch gegen die Sozialdemokratie gewirkt hat. Aber diejenigen, die er als seine Anhänger gewonnen zu haben glaubte, sind fast sämmtlich zur Sozialdemokratie übergegangen. So kommen wir nicht weiter im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Jeder Beamte, der für die Sozialdemokratie agitirt, setzt sich in Widerspruch zu seinem Diensteid und muß entfernt werden, wenn wir überhaupt auf Ordnung halten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Staat hat das Recht und die Pflicht, die Beamtenschaft von der Sozialdemokratie zu säubern, so weit er es irgend kann. Ist denn das Verfahren den Beamten gegenüber wirklich so hart? Ich möchte mal sehen, was für kurze Umstände Sie im Zukunftsstaat mit monarchisch gesinnten Beamten machen würden. So wie es jetzt geht, geht es nicht weiter. Ich bin überzeugt, daß wir wieder zu einem Sozialistengesetz kommen. Ja, meine Herren, entweder Sie behalten die Oberhand oder wir. (Ironisches sehr richtig! bei den Soz.). Welcher Waffen Sie sich bedienen, das zeigt wieder einmal der heutige „Vorwärts". Da heißt es über die gestrige Sitzung: „Herr von Podbielski war überaus schwach. Er schien auch das Bewußtsein seiner Schwäche gebadet und in diesem Bewußtsein sich etwas zu viel — gestärkt zu haben." (Lebhaftes Pfui! rechts.) Das ist doch eine so schamlose Verdächtigung, wie sie niemals vorgekommen ist. Jeder weiß, daß der Staatssekretär seit Wochen an der Gicht schwer darniederliegt und sich nur mit Mühe hat hierher schleppen können, um sein Ressort zu vertreten, und jetzt wird diese Infamie ihm entgegengebracht. Nein, so lange wir eine solche Presse besitzen, werden wir nicht umhin können, wieder ein Sozialistengesetz zu schaffen, und ich hoffe, der Staatssekretär wird mir im Innern zustimmen. Er wird erkennen, daß er mit seinen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie nicht durchdringen wird, bevor dieses Gesetz geschaffen ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf **Klinckowström** (kons.): Auf die Behauptung, die Sozialdemokratie verhalte sich zur jetzigen bürgerlichen Gesellschaft in ähnlicher Weise wie die ersten Christen zum römischen Reich, kann ich nur erwidern: Die ersten Christen waren viel bescheidener und nicht so laut, wie sie. (Lachen bei den Soz.) Für die Beamten haben wir dasselbe warme Herz wie Sie. (Lachen bei den Soz.) Dadurch daß Sie sich immer zur Vertretung von Beamteninteressen vordrängen, schaden Sie den Beamten selbst am meisten. Sie behaupten immer, Sie wollten Ihre Ziele nur auf gesetzlichem Wege erreichen. Wir wissen, was wir von solchen Versicherungen zu halten haben. Ich will Ihnen als Beispiel nur ein Gedicht aus aus dem „Wahren Jakob" vorlesen. Es lautet:

Gott zum Hohn! Revolution!
Der Rächer naht, der Rächer naht,
Das Proletariat.

Fort mit ihm! Dem Aristokrat keine Gnad!
Der Ketzer naht, der Ketzer naht,
Das Proletariat.

Saperment. Es geht zu End,
Der Erbe naht, der Erbe naht,
Das Proletariat.

(Lebhafter Beifall bei den Soz. und Heiterkeit.) Wenn Bebel meint, die Sozialdemokratie würde über uns hinwegfahren, wie ein Eilzug über einen Strohhalm, so warten wir den Eilzug ruhig ab, der Strohhalm wird für ihn zu dick sein. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (fr. Vp.): Ich komme nochmals auf den Saalfelder Fall zurück. Die Dauer des Dienstes in Saalfeld überstieg alles zulässige Maß. Die Beamten beschritten den vom Staatssekretär selbst als zulässig anerkannten Weg, indem sie eine Eingabe an die vorgesetzte Behörde machten. Erst als das nichts half, haben sie die Sache der Oeffentlichkeit unterbreitet. In der „Postzeitung" heißt es: Das offiziöse Blatt verhält sich zum „Postboten" wie Chokoladensuppe zur Paprikakost. Man kann amüsant schreiben, ohne dadurch die Verwaltung agitatorisch anzugreifen.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Herr Müller ist eben so wenig wie ich in Saalfeld gewesen. Er kann sich nur auf das Material berufen, das ihm zugesandt ist; ich berufe mich auf das Material der Untersuchung. Gegen die Veröffentlichung des Stundenplans an sich hätte ich gar nichts gehabt. Darum handelte es sich aber gar nicht. Die Frage ist nur die: durften die Beamten die Sache veröffentlichen, ohne die Genehmigung der vorgesetzten Behörde einzuholen? Das ist der Kernpunkt. — Herr Bebel hat bemerkt, ich wäre sehr nervös gewesen. Nun, ich bin krank, aber ich habe mich verpflichtet gefühlt, hierher zu kommen und mich nicht mit dem Krankenbett zu entschuldigen. Wenn man krank ist, kann man nervös sein, mich aber hat der liebe Herrgott mit sehr guten Nerven ausgestattet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Nerven haben mich nicht verlassen (Lachen bei den Sozialdemokraten), die Nerven werden mich nicht verlassen, und wenn Sie ein Tänzlein mit mir wagen wollen, Herr Bebel, ich bin bereit, und ich werde darin sicherer sein als Sie. Zeitungsschreiberei treibe ich nicht. Die Sozialdemokraten werfen mir vor, ich duldete es nicht, daß sie mit Beamten bei einem Glase Bier in einem Lokal zusammensitzen. Es ist dabei an einen bestimmten Fall gedacht, wo es sich aber nicht um ein Bierlokal, sondern um ein Wahllokal handelte. Das ist doch ganz etwas Anderes. Ich bekämpfe Sie (zu den Soz.) offen und ehrlich und gehe dabei mit ruhiger, fester aber unbedingt gerechter Hand zu Werke. An dem Tage, wo sich die bürgerliche Gesellschaft auf sich selbst besinnt, an dem Tage werden Sie nichts weiter als eine quantité négligeable sein. Der Abg. Bebel hat immer versucht, mir unterzuschieben, ich ginge gegen ein Organ des Verbandes der Unterbeamten vor. Nun ich habe nachgewiesen, daß in der Generalversammlung immer der Beschluß gefaßt worden ist: Das Blatt soll nicht Verbandsorgan sein. Ich möchte Herrn Bebel empfehlen, die Sachen so darzustellen, wie sie sind und wie ich sie in ehrlicher Weise hier beleuchtet habe. Der Staat ist die Summe aller Parteien und aller Bewohner des Landes, und wenn eine bestimmte Partei sich zur Hüterin einer besonderen Klasse von Beamten aufwirft, dann thut sie nichts weiter, als daß sie Stimmenhascherei betreibt. Ginge es nach meinem eigenen Willen, so dürften die Postbeamten überhaupt nicht an den Wahlen theilnehmen. Aber ich habe von jeher auf dem Standpunkte gestanden: Die Post hat mit der Politik nichts zu thun, auf der anderen Seite halte ich es aber für erforderlich, daß der Beamte seinen Pflichten, wie sie der kaiserliche Dienst bedingt, in jeder Hinsicht nachkommt; ich muß dafür mit meiner Person einstehen und kann auf dagegen gerichtete Reklamationen nicht eingehen. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Staudy** (k.): Der Herr Staatssekretär könne nach diesen Debatten mit voller Befriedigung aus dem Saal gehen, seine Auffassung sei eine ganz richtige. Der frische Zug, die Neigung zu Reformen im Postwesen werde überall anerkannt. Von Gesinnungsschnüffelei sei auch er kein Freund. Die Agitation der Sozialdemokratie auf dem Lande sei eine verdeckte und heuchlerische. Die konservative Partei sei die einzige, die die Sozialdemokratie konsequent bekämpfe. Die Haltung des „Deutschen Postboten" sei darauf gerichtet, die Disziplin zu untergraben, deshalb müsse seiner Verbreitung in Unterbeamtenkreisen entgegengetreten werden.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.) warnt nochmals vor jeder Nachforschung nach politischer Gesinnung eines Beamten, auch das Centrum habe hierin trübe Erfahrungen gemacht.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Lingens, Müller-Sagan und Franke, sowie ein Schlußwort des Referenten Abg. Dr. Paasche.

Titel 1 der Ausgaben „Gehalt des Staatssekretärs" wird bewilligt.

Ueber die Anträge wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Das Haus nimmt dann die Titel 2—19 ohne Debatte an und vertagt die weitere Berathung des Postetats, beginnend mit Tit. 20 „Postämter", auf Montag 1 Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

---

## Ueber den Stand der Handwerker-Organisation in den Gewerbevereinen für den Beginn des Jahres 1899.

E. Voraussichtlich werden in nächster Zeit sowohl die näheren Angaben über die Zahl der zu errichtenden Handwerkskammern, als auch deren Zusammensetzung, Wahlordnung 2c. bekannt gegeben. Wir nehmen wohl mit Recht die Errichtung von mindestens vier Handwerkskammern im Lande an. Unter dieser Voraussetzung ist nachstehende Darstellung aufgrund des von den Vereinen des Landesverbandes badischer Gewerbevereine zur Verfügung stehenden Materials aufgestellt. Dabei sind die Amtsbezirke gesperrt gedruckt, die erste Zahl hinter dem Vereinsort bedeutet die Gesamtzahl der Mitglieder; die eingeklammerte Zahl () ist die Angabe, wie viel davon Handwerksmeister sind; ist nur eine Zahl angegeben, so hat der Verein nur Handwerksmeister als Mitglieder.

1. **Handwerkskammer Konstanz** umfaßt 4168 qkm und hat 285 459 Einwohner. Bonndorf: Birkendorf 32, Bonndorf 41 (39), Grafenhausen 40, Ühlingen 18. Donaueschingen: Bräunlingen 70 (68), Donaueschingen 98 (76), Geisingen 34, Hüfingen 54 (53). Engen: Engen 50 (44), Möhringen 50 (38), Singen 80 (71). Konstanz: Konstanz 174 (128), Radolfzell 70 (68). Meßkirch: Meßkirch 93 (62), Stetten a. k. M. 53 (40), Pfullendorf: Heiligenberg 38, Pfullendorf 76 (67). Säckingen: Murg 54 (50), Säckingen 85 (57). St. Blasien —. Stockach: Stockach 57 (45). Triberg: Eisenbach 66 (62). Furtwangen 113 (76), Gütenbach 32 (26), Hornberg 70 (38), Schonach 36, Schönwald 59 (46), Triberg 179 (90). Ueberlingen: Markdorf 119, Meersburg 108, Ueberlingen 101 (97). Villingen: St. Georgen 80 (40), Villingen 288 (184), Vöhrenbach 60 (50). Waldshut: Görwihl 52 (40), Grießen 40 (35), Thiengen 89 (73), Waldshut 91 (60). Zusammen 37 Vereine mit 2872 Mitgliedern, wovon 2239 Handwerksmeister sind.

2. **Handwerkskammer Freiburg** umfaßt 4749 qkm und hat 480 664 Einwohner. Breisach: Breisach 117 (60), Emmendingen 132 (72), Herbolzheim 74 (51), Kenzingen 81 (56). Ettenheim: Ettenheimer Bezirk 274 (219). Freiburg: Freiburg 341 (179). Kehl: Kehl 100 (97), Willstädt 57 (39). Lahr: Allmannsweiler 25, Dinglingen 25, Friesenheim 26 (24), Lahr 128 (29), Seelbach 53 (49). Lörrach: Lörrach 113 (85). Müllheim: Müllheim 76 (60). Neustadt: Neustadt 76 (58). Oberkirch: Oberkirch 59 (40). Offenburg: Altenheim 97 (61), Gengenbach 84 (62), Hofweier 50 (35), Marlen-Goldscheuer 54 (47), Niederschopfheim 51 (38), Offenburg 216 (144), Schutterwald 53 (41), Zunsweier 15. Schönau: Schönau 28 (15). Schopfheim: Schopfheim 147 (96), Wehr 84 (64). Staufen: Heitersheim 66 (51), Staufen 51 (37). Waldkirch: Elzach 81 (69), Waldkirch 133 (75). Wolfach: Schiltach 60 (29), Wolfach 115 (92), Zell a. H. 47 (43). 34 Vereine mit 3126 Mitgliedern, wovon 2259 Handwerksmeister sind.

3. **Handwerkskammer Karlsruhe** umfaßt 2565 qkm und hat 472 061 Einwohner. Achern: Achern 81 (68). Baden: Baden-Baden 304 (274). Bretten: Bretten 80 (69). Bruchsal: Bruchsal 170 (150), Philippsburg 54. Bühl: Bühl 130 (91). Durlach: Durlach 62 (52). Ettlingen: Ettlingen 59 (45), Malsch 40 (39). Karlsruhe: Karlsruhe 485 (347), Welschneureuth 26. Pforzheim: Pforzheim 19. Rastatt: Durmersheim 31 (28), Gernsbach 85 (69), Muggensturm 48 (30), Rastatt 126 (113). 16 Vereine mit 1800 Mitgliedern, wovon 1474 Handwerksmeister sind.

4. **Handwerkskammer Mannheim** umfaßt 3599 qkm mit 487 270 Einwohnern Adelsheim: Adelsheim 75 (67), Osterburken 55 (51), Rosenberg 36 (22), Seckach 32 (31). Buchen: Buchen 62 (50), Hardheim 97 (81), Mudau 72 (52), Walldürn 103 (78), Walldürn Gewerbl. Genossenschaft 57 (54). Eppingen: Eppingen 76 (67). Eberbach: Eberbach 108 (79). Heidelberg: Bammenthal 52 (33), Heidelberg 246 (213), Neckargemünd 55 (45). Mannheim: Ladenburg 59 (54), Mannheim 984 (890), Neckarau 35, Schriesheim 24 (22), Seckenheim 53 (52). Mosbach: Aglasterhausen 28, Mosbach 88 (66), Neudenau 69 (52), Schweigern 60 (53). Schwetzingen: Hockenheim 118 (103), Reilingen 48 (44), Schwetzingen 97 (84). Sinsheim: Eschelbronn 52 (50), Hilsbach 37, Neckarbischofsheim 45 (40), Rappenau 47 (38), Sinsheim 63 (53), Waibstadt 27 (23), Weiler 48. Tauberbischofsheim: Boxberg 31 (29), Grünsfeld 40 (38), Königshofen 32 (24), Lauda 53 (45), Tauberbischofsheim 92 (63). Weinheim: Großsachsen 40 (33), Heddesheim 54 (50), Leutershausen 33 (30), Weinheim 87 (62). Wertheim: Freudenberg 31 (30), Wertheim 67 (57). Wiesloch: Walldorf 80 (70), Wiesloch 91 (60). 46 Vereine mit 3636 Mitgliedern, wovon 3285 Handwerksmeister sind.

Es gehören 134 Vereine dem Landesverband an. Sie haben eine Gesamtmitgliederzahl von 11434, wobei 9257 Handwerksmeister. Der Anschluß von Gewerbevereinen, Handwerkervereinen, Fachvereinigungen, Innungen und Genossenschaften, wie er täglich zu verzeichnen ist, wird die Zahlen vervollständigen und bis zu den Kammerwahlen ganz erheblich steigern.

Gegen letztes Jahr bedeutet der heutige Stand einen Zuwachs von 54 Vereinen mit 3752 Mitgliedern, worunter 3112 Handwerksmeister.

## Patentbericht für Baden

mitgeteilt von dem Internationalen Patentbureau C. Kleyer in Karlsruhe (Baden).

Auskünfte ohne Recherchen werden den Abonnenten dieser Zeitung bei Einsendung der Frankatur gratis erteilt.

### Patent-Anmeldungen.

Nr. 102 322. Aufhängung für Schleudertrommeln. H. Lanz, Mannheim. Angemeldet am 23. Juni 1896. — Nr. 102 398. Umsteuerung für Wellen. W. Lorenz, Ettlingen-Karlsruhe. Angemeldet am 11. Mai 1898. — Nr. 102 303. Flaschenfüllvorrichtung W. Hanemann u. Cie., Mannheim. Angemeldet am 16. Juli 1897.

### Gebrauchsmuster-Eintragungen.

Nr. 108 726. Blumentopf-Mantel aus umkleidetem Metalldraht. Karl Specht, Mannheim, T 4, 6/7. Angemeldet am 2. Januar 1899. — Nr. 108 589. Hohle Metallkugel mit Stiften aus einem Stück Blech ohne Lötung für Bijouterieartikel. Adolf Feiler, Pforzheim. Angemeldet am 10. Dezember 1898. — Nr. 108 588. Dampferzeuger mit Zubehör für Heilzwecke, bestehend aus Untersatz mit Wärmeerzeuger und Rosteinsatz, sowie Aufsatzgefäß mit Schlauchanschlußstutzen an dem verschließbaren Deckel und einem Rostaufsatz. Josef Jörger, Ebersteinburg bei Baden-Baden. Angemeldet am 9. Dezember 1898. — Nr. 108 620. Mit dem Besen- bezw. Bürstenstiel fest vereinigter Stielhalter, dessen hervorstehender, zumteil im Borstenkörper zu befestigender röhrenförmiger Teil zur Hälfte in einem Scharnier beweglich und durch Handschraube auseinandergedrückt werden kann. Christian Fink, Karlsruhe, Morgenstraße 29. Angemeldet am 10. Dezember 1898.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Lorbach, beide in Karlsruhe.

**Arbeitvergebung.**

**Die Zimmerarbeit** für den Neubau der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe soll durch öffentliches Ausschreiben auf Einzelpreise vergeben werden. Die Arbeiten umfassen blsg. 300 cbmtr. tannenes Balken- und Dachholz und 400 □mtr. tannene Bretter bei einem Fertigungstermin bis 1. August 1899. Die Werkpläne, Aufstellungen und Arbeitsbedingungen können beim Sekretariat der Baudirektion täglich zu den üblichen Bureaustunden eingesehen werden, woselbst auch die Angebotsformulare in Empfang genommen werden können.

Die Angebote sind bis **18. Februar 1899, vormittags 11 Uhr**, bei Großh. Baudirektion (Stefanienstraße 28) einzureichen. 662.3.2

Karlsruhe, 28. Januar 1899.

Großh. Baudirektion.
Dr. Josef Durm.
Martin.

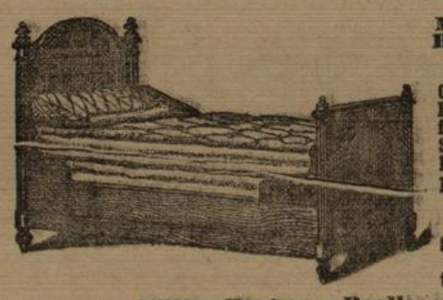
**Heirat.** 662.2.2

Geb. jung. Mann, gemütvoll und tadellosem Ruf, Besitzer eines feinen Engros-Geschäftes mit schöner Besitzung und bedeutendem Einkommen, sucht, da es ihm an entsprechender Damenbekanntschaft fehlt, Heirat mit vermögender Dame. Offerten unter S. 6431 b. an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Mannheim.**

**Leonardt's Kugelspitzfedern**

gleiten mit **unbeschreiblicher Leichtigkeit** über **jedes** Papier.
Vorrätig in sämtlichen Schreibwaren-Handlungen. 502.6.6

**Christ. Oertel, Karlsruhe,**



Kaiserstr. 101/103,
**Manufakturwaaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.**

Grosses Lager fertiger Betten, Bettstellen, Bettfedern, Flaum, Rosshaar, Steppdecken, Wolldecken, Piquédecken, Baumwoll- und Leinenwaaren u. s. w.
Übernahme ganzer Aussteuern.
Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stylarten.

**Billige Preise. — Reelle Bedienung.** 247.12.9
**Kostenvoranschläge und Muster stets gerne zu Diensten.**

**Zu verkaufen:**

wegzugshalber ein Paar elegante, 6 Jahre alte, schwarzbraune 688.3.2

**Wallache,**

172 cm hoch, norddeutsch, elegantes Gespann, gut eingefahren, flotte Gänger, fromm, gesund und fehlerfrei. Anzufragen unter: **G. 2662 P. M.** bei **Rudolf Mosse, Mannheim.**

**Georg Oehler,**
**Hofkonditor.**
Fabrikation feiner Bonbons und Chokoladedesserts.
**Thee- und Kaffee-Salon.**
**Karlsruhe,**
**Herrenstrasse 18**
(nächst der Kaiserstraße),
94.—.17] **Telefon Nr. 352.**

127.5.4

**„Hilda-Bad"**

Karlsruhe i. B., Friedenstr. 18.

**Natur- u. Wasserheil-Methode. — Elektrische Kuren** milden **Systems. Kurbäder** nach allen **Formen** u. **Systemen. Wannenbäder.** Kranken, Leidenden und Erholungsbedürftigen empfohlen.
**Günstige Kurerfolge,** gute **Empfehlungen.** 197—6
Geöffnet von Morgens 7 bis Abends 7 Uhr; Sonntags 8 bis 12 Uhr. **Sprechzeit** der **Kurleitung** 10 bis 1 Uhr.
Ermässigter Wintertarif.
**Prospecte 20 Pf.**

Druck und Verlag von Otto Reuß, Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.